

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	9
<b>B. Die Grundentscheidungen des GKV-WSG zum Verhältnis der Privaten Krankenversicherung (PKV) zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)</b> .....	10
I. Die Grundentscheidungen im Überblick .....	10
1. Änderungen im System der PKV .....	10
2. Änderungen im System der GKV .....	11
II. Die Grundentscheidungen in der verfassungsrechtlichen Diskussion .....	11
<b>C. Zum Stand der ordnungs- und gesundheitspolitischen Diskussion</b> .....	13
I. Die Aussagen in den Wahlprogrammen der Parteien 2013 .....	13
1. Das Regierungsprogramm der SPD .....	13
2. Das Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen .....	13
3. Gesetzgeberische Aktivitäten der Partei Die Linke .....	14
4. Das Regierungsprogramm von CDU/CSU und FDP .....	14
II. Sonstige Konzepte .....	14
1. Bundesärztekammer .....	14
2. Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) .....	15
3. Expertisen zu Grundsatzfragen des Systems der Krankenversicherung .....	15
III. Die Einbeziehung ausländischer Lösungen in die Krankenversicherungsfrage .....	16
<b>D. Die Entscheidungen des BVerfG zum GKV-WSG und ihre verfassungsrechtlichen Grundaussagen</b> .....	18
I. Das Urteil des BVerfG vom 10. Juni 2009 (BVerfGE 123, 186) .....	18
1. Aussagen zum sog. Basistarif .....	18
2. Verfassungsrechtliche Beurteilung der sog. Portabilität der Alterungsrückstellungen .....	18
3. Die verfassungsrechtliche Bewertung der Regelung über die sog. Pflichtversicherungsgrenze .....	19
4. Die Beobachtungspflicht des Gesetzgebers .....	20

<b>II. Der Beschluss des BVerfG vom 10. Juni 2009 (BVerfGE 124, 25)</b>	20
<b>III. Möglichkeiten und Grenzen der gesetzgeberischen Gestaltung des Krankenversicherungswesens in Deutschland</b>	21
1. Die Kompetenzfrage	21
2. Die grundrechtliche Absicherung der PKV	24
3. Der Gemeinwohlgesichtspunkt „Erhaltung der Funktionsfähigkeit“ der GKV	26
4. Die Beihilfefrage	29
5. Zur verfassungsrechtlichen Legitimität des sog. dualen Systems	31
<b>E. Einzelfragen des Verhältnisses von GKV zu PKV</b>	35
I. Möglichkeiten einer Erweiterung der Mobilität von Versicherten und Versicherungsnehmern innerhalb der PKV und zwischen den Systemen von GKV und PKV aus verfassungsrechtlicher Sicht	35
1. Tarifwechsel und Unternehmenswechsel innerhalb der PKV	35
2. Der Systemwechsel zwischen GKV und PKV	36
II. Möglichkeiten und Grenzen eines einheitlichen, systemübergreifenden Vergütungssystems in der ambulanten ärztlichen Versorgung aus verfassungsrechtlicher Sicht	43
1. Die Fragestellung	43
2. Die Kompetenzfrage	43
3. Art. 12 Abs. 1 GG als Maßstab für die Ausgestaltung der ärztlichen Vergütung in GKV und PKV	44
4. Folgerungen	46
III. Zur Frage der Einbeziehung der PKV-Versicherten und der PKV-Unternehmen in das Finanzierungssystem der GKV	47
1. Die Modelldiskussion	47
2. Verfassungsrechtliche Aspekte	48
<b>F. Zusammenfassung</b>	50
<b>Literaturverzeichnis</b>	54
<b>Sachverzeichnis</b>	61
<b>Anhang: Urteil des BVerfG vom 10. Juni 2009</b>	63